



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
12. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 12. November 2020

15.51 Uhr - 16.32 Uhr

Tagesordnung

1. Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2021

Inhalt

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (S. 1195)

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 51 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Hoher Landtag! Herr Landeshauptmann! Frau Stellvertreterin! Meine Damen und Herren Landesräte, Landesrätin! Ich darf die 12. Sitzung des Burgenländischen Landtages eröffnen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Landtagsabgeordneten Wolfgang Spitzmüller, Ilse Benkö, Géza Molnár, Johannes Mezgolits, Mag. Christoph Wolf, M.A., DI Julia Wagentristl, BSc, Walter Temmel, Melanie Eckhardt, MSc, Kilian Brandstätter, Gerhard Bachmann, Mag. Christian Dax, Mag. Kurt Maczek, Wolfgang Sodl, Claudia Schlager, Ewald Schneckner und Rita Stenger, BEd, sowie Elisabeth Trummer entschuldigt.

Die Bekanntgabe des Einlaufes, wie heute auch bei der 11. Sitzung schon bekannt gegeben, sowie die Zuweisungen wurden Ihnen gemäß § 56 Abs. 3a mittels digitalem Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht. Ebenso ist eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages erfolgt. Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung hinweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Gemäß § 56 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages wurde wie immer die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Nein, das ist nicht der Fall.

1.Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2021

Präsidentin Verena Dunst: Daher darf ich zum 1. und einzigen Punkt der Tagesordnung kommen. Dieser betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2021.

Gemäß § 25 Abs. 4 GeOLT ist eine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zulässig.

Herr Landeshauptmann, Herr Landesfinanzreferent, Ihnen gehört das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Was wir derzeit erleben, ist sicherlich eine der schwierigsten Phasen, nicht nur für unser Heimatland Burgenland, sondern grundsätzlich für viele Institutionen, für viele Länder, für Österreich, für ganz Europa. Das was wir derzeit erleben, ist nicht nur eine Gesundheitspandemie, eine Katastrophe auf diesem Sektor, sondern das ist auch in weiterer Folge, wenn man die Zahlen betrachtet, wenn man die Auswirkungen genau betrachtet, das ist eine Finanzkrise, das ist eine Wirtschaftskrise, und unter diesen Parametern und geprägt von diesen Voraussetzungen sind wir berufen, ein Budget vorzustellen und vorzuschlagen.

Ein Budget, das in Wirklichkeit aus meiner Sicht doch von mehr oder weniger gewissen Grundsätzen geprägt sein muss. Diese Grundsätze sind, und das gilt nicht nur

für dieses Budget, sondern das sollte auch für andere Budgets, speziell für das Budget des Bundes gelten. Diese Grundsätze für mich sind die Kosten für diese Verschuldungen, die Kosten der Pandemie, das was jetzt auf uns zukommt, das darf nicht die Bevölkerung tragen! Das ist aus meiner Sicht ein ganz ein wichtiger Aspekt.

Der zweite burgenlandspezifische Aspekt ist, dass wir mit Sicherheit daran festhalten, die Weichenstellungen, die wir im vergangenen Jahr gemacht haben, die Weichenstellungen Richtung Mindestlohn, die Weichenstellung Richtung verschiedene Entwicklungen der Pflegemodelle, beispielsweise im Pflegebereich die pflegenden Angehörigen zu beschäftigen. Diese Weichenstellungen sind unverrückbar. Diese Weichenstellungen werden eingehalten, diese Modelle werden fortgeführt. Ich werde dann zu einem späteren Zeitpunkt noch darauf zu sprechen kommen. Was bedeutet das für die Gemeinden? Was bedeutet das für den Pflegebereich et cetera, et cetera?

Und der vierte, aus meiner Sicht ganz, ganz wichtige Punkt mit einer genauso Bedeutung und Wichtigkeit für die Bundesebene ist, dass wir in die Wirtschaft investieren müssen, dass wir die Wirtschaft stützen müssen, dass wir diesen Wirtschaftsmotor, der uns jahrzehntelang begleitet hat, der jahrzehntelang dafür gesorgt hat, dass Österreich, dass die Menschen, dass die Bevölkerung davon profitiert hat, dass dieser Wirtschaftsmotor nicht ins Stocken gerät.

Ich bin mir nicht sicher - und das würde ich dann gerne auch in weitere Folge natürlich um das Budget und um die Budgetgestaltung sehr gerne diskutieren, ob diese vorgeschlagenen Maßnahmen, die wir jetzt kennenlernen durften seitens des Bundes, auch tatsächlich die richtigen sind. Und ich würde diesen Maßnahmen gegenüberstellen die Maßnahmen, die wir aus Landessicht treffen. Da können wir gerne dann bitte darüber diskutieren, welche sind effektiver, welche kommen der Wirtschaft mehr entgegen. Ich darf nur daran erinnern an zwei Beispielen.

Im ersten Lockdown gab es einen Fixkostenzuschuss. Einen Fixkostenzuschuss seitens des Bundes, der dem Grunde nach und im Ansatz nach richtig war. Der Fixkostenzuschuss, der aber beispielsweise für Landesbetriebe nicht abgerufen werden kann. Ein touristischer Landesbetrieb kann den Fixkostenzuschuss nicht abrufen. Dann gab es noch andere Parameter, auch andere Unternehmen wurden davon ausgenommen.

Jetzt erleben wir eine Phase im zweiten Teil-Lockdown, dass wir 80 Prozent der Umsätze des letzten Jahres, Vergleichsmonat 2019, dass die Unternehmen 80 Prozent der Umsätze ersetzt bekommen zuzüglich. Und das hat ja lange niemand gewusst, zuzüglich der Kosten für das Personal über die Kurzarbeit. Bei einer Personalquote in einem Unternehmen von 50 Prozent bedeutet das, dass das Unternehmen 130 Prozent ersetzt bekommt. Ich frage mich, und das ist richtig, es ist wichtig, dass wir die Unternehmen unterstützen. Es ist wichtig, dass wir diesen Motor am Laufen halten.

Ich frage mich aber: gilt das in weiterer Folge für alle? Gilt das in weiterer Folge auch für den Handel? So wie es jetzt ausschaut der nächste Schritt, wenn es darum geht den Lockdown zu verfeinern, auszuweiten. Ich frage mich, gilt das nur im November? Gilt das dann im Dezember? Im Jänner? Oder gilt das auch nächstes Jahr, wenn der Lockdown beispielsweise wiederum zum Tragen kommt?

Das sind insofern wichtige Fragen, weil es um Steuergeld geht. Es geht um Steuergeld, und das ist nicht das Geld der Politik, das ist nicht das Spielgeld der Politik, sondern das ist Geld der Bevölkerung, das wir vice versa einsetzen, um genau diese Phase, die wir jetzt erleben, zu überbrücken. Und da bin ich der Meinung, dass dieser vierte Punkt ein ganz ein zentraler und wichtiger ist.

Was machen wir? Wir haben uns klar dazu bekannt, Handwerkerbonus, Bonusticket im Tourismus, dass wir den Betrieb der Wirtschaft, nicht den Ausfall der Wirtschaft, den Betrieb der Wirtschaft so massiv stützen und unterstützen, dass die Wirtschaft auch ihre Beiträge leisten kann. Denn wenn die Wirtschaft ihre Beiträge nicht leisten kann und wenn diese Stundungen, wenn sie jetzt wieder diskutiert werden, wieder prolongiert werden, dann bedeutet das nicht mehr und weniger, da komme ich dann zum Budget aus 2021, dass wir leider Gottes nicht wissen, was das für die Einnahmenseite des Landes bedeutet.

Wir können heute, und so viel kann ich schon vorgehen, dezidiert nicht darüber befinden und keine Auskunft darüber geben, wie gestaltet sich das Budget tatsächlich im Jahr 2021. Genau aus diesen Gründen.

Und da braucht es aus meiner Sicht eine Planbarkeit, da braucht es auch für die Wirtschaft eine Planbarkeit. Planbarkeit bedeutet für mich nicht, dass wir im März jene Wirtschaftsförderungsmaßnahmen machen und jetzt im Herbst komplett andere.

Das bedeutet, dass diese wirtschaftlichen Maßnahmen, die wir gesetzt haben, im Bereich des Handwerkerbonus, im Bereich der Unterstützung wie WiBuG, im Bereich des Bonustickets, jetzt in weiterer Folge im Bereich des Modelles, dass wir uns auch beteiligen. Wir werden Beteiligungen eingehen bei Unternehmen. Ich darf an dieser Stelle ein prominentes Beispiel bereits nennen.

Mattersburg, die Firma Stangl, die ja erschüttert wurde durch den Bankenskandal, die natürlich mit Sicherheit auch in Mitleidenschaft geraten ist durch die Corona-Krise. Hier gibt es, und das ist bereits vereinbart worden, eine 25 Prozent Beteiligung des Landes, damit diese Firma fortgeführt werden kann.

Das kostet natürlich Geld. Keine Frage. Aber damit ist sichergestellt, dass dieser Wirtschaftsmotor nicht ins Stocken gerät. Damit ist sichergestellt, dass die Arbeitsplätze im Bezirk Mattersburg bleiben, erhalten bleiben. Damit ist sichergestellt, dass die Kaufkraft, ein so ein wichtiger Faktor für ein kleines Bundesland wie das Burgenland, wo wir doch mit diesen Parametern, was Kaufkraft betrifft, was Regionalentwicklungsprodukt betrifft, immer im Schlusslicht waren und sind. Das, aus meiner Sicht, ist ein ganz ein wesentlicher Faktor und das könnte auch der Bund machen.

Der Bund könnte auf einer ganz anderen Ebene Staatsbeteiligungen eingehen. Der Bund könnte auf einer ganz anderen Ebene das Bonusticket im Tourismus österreichweit umlegen.

Das, aus meiner Sicht mit einer klaren Zielsetzung über den kompletten Zeitraum der Pandemie hinweg, das wäre die richtige Vorgehensweise.

Das was wir jetzt erleben, wenn man ein bisschen zurückblickt, die letzten 60 Jahre war das noch niemals in dieser Art und Weise, in dieser Ausprägung, eine Belastung für die verschiedensten Lebensbereiche unserer Bevölkerung.

Wir durften erleben, ich nicht, aber wir durften erleben den Wirtschaftsaufschwung der 60er, der 70er Jahre, wir durften erleben Vollbeschäftigung, wir durften erleben das Zusammenwachsen Europas, die EU-Erweiterung in den vielen verschiedenen Etappen. Das was wir jetzt erleben ist eine gewisse Dynamik von Katastrophenszenarien.

2008 die Währungs- und Finanzkrise. Wenn man diese Krise vergleicht mit der jetzigen, durch die Pandemie hervorgerufenen Finanzkrise, dann bedeutet das, dass wir derzeit eine viel, viel stärkere Krise haben.

2008 ist das BIP, das Wirtschaftswachstum, stagniert, ist nicht ins Negative gerutscht. Stagniert!

Jetzt erleben wir eine Rezession des Wirtschaftswachstums. Wir rutschen massiv ins Negative, was das Wirtschaftswachstum betrifft. Und das fordert uns alle heraus. Das fordert den öffentlichen Haushalt heraus, das fordert den Bund heraus und das fordert natürlich, ganz offen gesagt, auch die Gemeinden heraus.

Die Diskussion was die Gemeindehaushalte betrifft, die haben wir teilweise in diesem Hohen Haus ja schon geführt. Dass was ich ein bisschen schade finde in dieser Diskussion um die Haushalte der Gemeinden ist, dass man diese Diskussion nicht ehrlich führt.

Wenn wir diese Diskussion ehrlich führen würden, dann muss man zugestehen, dass das Land und hier alle Parteien, speziell die Gemeindevertreterverbände sind eingebunden, muss man zugestehen, dass das Land beabsichtigt, das größte Entlastungspaket mit den Gemeinden auszuverhandeln, das es einerseits im Burgenland jemals gegeben hat und das es andererseits in Österreich gibt.

Denn all diese Unterstützungen für die Gemeinden, die derzeit finanztechnisch irgendwo in Niederösterreich, Steiermark, egal wo, irgendwo kursieren, sind aus meiner Sicht alles Mogelpackungen. Da werden die Bedarfszuweisungen reingerechnet, da werden Förderungen reingerechnet, da werden Schulbauprogramme reingerechnet. Na das ist ja das Geld, das ja die Gemeinden ohnehin bekommen. Dieses Geld haben die Gemeinden jedes Jahr bekommen. Das ist nichts Neues! Diesem Geld wird derzeit nur ein neuer Hut gegeben. Wenn das gewollt ist, können wir das auch machen. Wir können jeden Monat aufzählen, wie wir die Gemeinden unterstützen. Wir können ständig präsentieren, wieviel an Bedarfszuweisungen, Subventionen, Unterstützungen bei Bauleistungen in die Gemeinden geht.

Damit sage ich aber ganz offen, ist den Gemeinden nicht geholfen. Den Gemeinden ist nur tatsächlich geholfen, wenn es wirklich zu einer strukturellen finanziellen Entlastung kommt.

Und eine strukturelle finanzielle Entlastung bedeutet, dass dieses Paket, das derzeit verhandelt wird, kommt, dass dieses Paket umgesetzt wird. Das würde bedeuten, dass in etwa 30 Millionen Euro jährlich, jährlich, in die Gemeinden fließen.

Ohne, und das ist die Herausforderung und dazu stehe ich auch, ohne dass es zu einem Kompetenzverlust im Bereich der Gemeinden kommt. Dazu muss man aber politisch bereit sein.

Dazu muss man aber auch in einer oder gegenüber einer Landesregierung, die die absolute Mehrheit hat bereit sein, auf Augenhöhe zu verhandeln. Dabei muss man aber auch bereit sein, diese Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen.

Dann nutzt es nichts, dauernd medial diese Botschaft auszusenden, diese Botschaft auszusenden. Ich sage das ganz offen, was hilft den Gemeinden? Fünf Millionen Euro, die nicht einmal fünf Millionen cash sind? Ausschüttungen seitens des Müllverbandes, wo doch dieser Müllverband, glaube ich, 100, 120 Millionen an Rücklagen hat? Ein Verband der Gemeinden.

Na wieso schüttet man nicht mehr aus? Wieso geht man nicht her und sagt okay, wir schütten jetzt zehn oder 20 Millionen an die Gemeinden aus? Wieso macht man das nicht?

Ihr seid die Bürgermeister. Ihr seid dort vertreten. Ihr habt heute präsentiert, ein 5 Millionen Paket. Wenn die Situation, und die Situation ist derzeit einzigartig, die Krise, die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise ist einzigartig, seit diesen letzten 60 Jahren. Und dort wo es jetzt Reserven gibt, muss man die Reserven heben. Da braucht man aus meiner Sicht gar nicht diskutieren.

Das was wir heute vorlegen, oder was ich vorlegen darf, sind drei Bereiche. Der erste Bereich ist zum Budget 2020 der Nachtragsvoranschlag. Der Nachtragsvoranschlag, der natürlich aufgrund dieser ganzen Situation, Pandemie, seit März dringend notwendig ist, weil wir sehen mussten im Laufe des Jahres, dass die Einnahmen auch für das Land, nicht nur für die Gemeinden, auch für das Land, eingebrochen sind.

Die Einnahmen und die Ertragsanteile, nur um eine Größenordnung in diesem Bereich zu sehen, sind um knapp 100 Millionen eingebrochen. Parallel dazu war es notwendig, auch entsprechende Corona-Maßnahmen zu setzen, Unterstützungsmaßnahmen zu setzen, zu beschließen, in einer Größenordnung von mehr als 26 Millionen Euro.

26 Millionen Euro bedeutet, Teile davon für die Spitäler, Teile und große Teile dafür für die Wirtschaft, Teile davon für das Bonusticket, Teile davon für den Handwerkerbonus. Das sind alles Dinge, die, wie ich eingangs erklärt habe, ganz, ganz wichtig waren, um diesen Wirtschaftsmotor Burgenland am Leben zu erhalten.

Wir haben über den Sommer hinweg gesehen, dass wir speziell im Tourismusbereich einen massiven Zuwachs bei den Nächtigungszahlen hatten. Wir hatten Zuwachsraten die es noch nie in diesem Ausmaß gibt und gab, und da sieht man auch, welches Potential wir im Tourismus haben.

Im Endeffekt war es mir aber wichtig, nicht „koste es, was es wolle“ zu investieren und sich neu zu verschulden, sondern der wichtige Schritt aus meiner Sicht und der richtige Zugang ist, „koste es, was notwendig ist“.

Das haben wir gemacht. Und dann haben wir uns gleichzeitig natürlich auch zu diesen Investitionen, auch zu diesen Einkommensverlusten die wir hatten natürlich überlegt, wie können wir konsolidieren.

Der öffentliche Haushalt, ist keine Frage, ist immer in Bewegung, man kann stets alles hinterfragen. Ein Gutteil des öffentlichen Haushalts ist natürlich durch Pflichtausgaben hinterlegt und belegt. Aber es ist uns gelungen mit viel Zutun und mit viel Verständnis auch der Regierungskollegen, ein Konsolidierungspaket in etwa von 21 Millionen Euro zu schnüren, (*Beifall bei der SPÖ*) sodass man jetzt am Ende dieses Finanzjahres sagen kann, auf der einen Seite mehr Bedarf durch Mindereinnahmen, mehr Bedarf durch Mehrausgaben, Corona-bedingt dem gegengerechnet die Konsolidierung im Ausmaß von 21 Millionen, bedeutet eine zusätzliche Verschuldung, auch ganz klar gesagt, von 83,3 Millionen Euro für das heurige Jahr.

Damit, auch ganz konkret, steigt der Schuldenstand des Landes nach diesem kameralem System auch ganz klar dargelegt auf 353 Millionen Euro.

Wenn man mit einem Blick auf den Voranschlag 2021, wo es natürlich in einer ähnlichen Form weitergehen wird, wir wissen das alle, auch der Bund, auch andere Länder sind davor nicht gefeit, dann sieht man, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern einen geringeren Finanzbedarf haben. Einen geringeren Finanzbedarf wie Niederösterreich, einen geringeren Finanzbedarf wie die Steiermark.

Nur vergleichsweise, um den Vorgriff zu machen, wir werden und wie im Voranschlag definiert, eine Neuverschuldung im nächsten Jahr von 118 Millionen Euro, dieses Paket zusammen, also knapp 200 beziehungsweise über 200 Millionen Euro für 2020/2021, im Vergleich dazu, diese zwei Jahre Neuverschuldung in Niederösterreich 1,5 Milliarden, gegengerechnet mit dem Bevölkerungsschlüssel liegen wir da darunter.

Neuverschuldung in der Steiermark eine Milliarde, gegengerechnet mit dem Bevölkerungsschlüssel liegen wir darunter.

Ich glaube, das ist ein ganz ein wichtiger Faktor und auch eine wichtige Botschaft, dass wir in Zeiten dieser Krise eine starke öffentliche Hand brauchen. Wir brauchen einen starken öffentlichen Faktor, aber wir müssen vernünftig investieren.

Das was wir in Zukunft jetzt verschulden oder Schulden aufnehmen, das muss, und das muss uns bewusst sein, das müssen wir wieder zurückzahlen. Und daher noch einmal die Devise: Nicht „koste es, was es wolle“, sondern „koste, was notwendig ist“. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wenn wir zu diesem Budget 2020, ich bleibe jetzt einmal bei 2020, wenn wir zu diesem Budget parallel dazu auch noch eine Bestandsaufnahme machen, eine Bestandsaufnahme, was ist uns im Vergleich, wenn man die wesentlichen Wirtschaftsdaten, die wesentlichen Kennzahlen betrachtet, gelungen. Es ist uns gelungen, dass wir uns relativ gut aus der Affäre gezogen haben, wenn es um die Arbeitslosenquote geht. Wir haben im September dieses Jahres ungefähr 8.800 Menschen nicht in Beschäftigung gehabt. Das ist eine Steigerung von 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist österreichweit ein herzeigbarer Wert.

Das, was uns zusätzlich gelungen ist, und das schon durch die Bedürfnisse und durch die Verschiebungen am Arbeitsmarkt, dass wir im September diesen Jahres um 1.000 Personen mehr beschäftigt hatten als im Vorjahr. Da ist sicherlich der meiste und der größte Bereich dem Tourismus zuzuschreiben. Man hat das gemerkt, wenn man in den Tourismusbetrieben unterwegs war, die einzige Antwort, die man bekommen hat, wir brauchen Personal. Wir brauchen Personal, wir haben super Buchungslagen, wir brauchen Personal.

Der zweite Aspekt, der natürlich auch ganz wesentlich war und zum Tragen gekommen ist, war der Handwerkerbonus. Der Handwerkerbonus, der nicht so wie in früheren Zeiten über den Winter aufgebaut und gestaltet wurde, sondern der Handwerkerbonus, der in Wirklichkeit jetzt schon das ganze Jahr hindurch gewährt wird, der inhaltlich ausgeweitet wurde und der uns in Summe sicherlich im heurigen Jahr vier bis fünf Millionen Euro kosten wird.

Aber das sind Investitionen, die sich vervielfachen. Das sind Investitionen, die - und das ist ganz wichtig - die im Burgenland bleiben und genau deshalb bin ich auch ein so ein Verfechter, ich weiß schon, das kann man kritisch sehen, man kann kritisch darüber diskutieren, ein derartiger Verfechter des Mindestlohns.

Der Mindestlohn, würde man jetzt meinen, gut jetzt in der Krise, wir können uns den Mindestlohn oder wir sollten uns vielleicht den Mindestlohn nicht leisten. Nein, jetzt müssen wir uns ihn leisten! Wir müssen uns den Mindestlohn gerade jetzt leisten, denn genau dieses Einkommenssegment, diese Menschen, die nur 1.700 Euro netto verdienen, die investieren und genau jetzt brauchen wir Investitionen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Kommen wir zum Budget 2021. Das Budget 2021 in seiner Gesamtbetrachtung von knapp 1,4 Milliarden Euro bedeutet, dass wir zum jetzigen, und ich sage das ganz klar, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt, auch wenn wir dieses Budget beschließen, auch wenn

wir dieses Budget diskutieren, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt keine klare Aussage darüber treffen können, was bedeutet das im laufenden Budgetjahr 2021. Was bedeutet das in einem Jahr, wenn wir in einem Jahr über den Nachtrag diskutieren?

Wir können derzeit nicht sagen, wie entwickelt sich die Situation um die Ertragsanteile. Nur um ein Beispiel zu nennen: Prognose 2019 für die Ertragsanteile des Burgenlandes: 582 Millionen Euro!

Prognose vor einigen Wochen, beziehungsweise vor einigen Monaten: 487 Millionen Euro!

Die Prognose vor einer Woche: 467 Millionen Euro!

Und so wird es weitergehen. Das sind die Einbrüche auf der einen Seite und auf der anderen Seite, Sie werden sehen, wir müssen uns darauf vorbereiten, dass wir mit unseren Beteiligungen, so wie dieses eine Beispiel der Fima Stangl in Mattersburg, wir werden im nächsten Jahr die Wirtschaft ganz besonders stützen müssen. Wir werden im nächsten Jahr viel, viel mehr Beteiligungen eingehen müssen. Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass die Wirtschaft am Leben erhalten bleibt und daher ist es heute unmöglich zu sagen, wie wird sich das Budget 2021 entwickeln aus heutiger Sicht.

Und wirklich ausschließlich aus heutiger Sicht würde es bedeuten, eine Neuverschuldung von 118 Millionen Euro. Das ist ein großer Bereich wenn man bedenkt, dass alleine diese beiden Jahre fast den Schuldenstand des Landes verdoppeln, den wir aktuell im letzten Budgetjahr definiert haben mit 268 Millionen Euro.

Da sieht man auch, was die Krise bewirkt. Da muss einem auch vor Augen geführt werden, was die Krise verursacht. Es ist natürlich eine Gesundheitskrise, es ist eine Gesundheitspandemie, aber in genauso extremer Auswirkung und mit genauso extremer Härte ist es eine Wirtschaftskrise und es ist eine Finanzkrise.

Wir im Burgenland, das sage ich auch ganz offen, können uns diese Maßnahmen nur deshalb leisten, weil wir gut gewirtschaftet haben. Weil wir ein stabiles Budget haben, weil wir eine stabile Schuldenpolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte gemacht haben. Jetzt können wir investieren, jetzt müssen wir vernünftig investieren.

Ich sage es aber auch ganz offen, es werden auch Jahre kommen, wo wir sparen müssen. Es werden Jahre auf uns zukommen, ausgelöst durch diese Situation, wo wir Einschnitte vornehmen müssen, dann wenn die Wirtschaft unsere Unterstützung nicht braucht.

Der dritte Bereich, der Ihnen heute auch vorgelegt wird, ist die Eröffnungsbilanz. Die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2020 basierend auf dem Budget 2019. Das zeigt einen Vermögensstand des Landes von 3,14 Milliarden Euro.

3,14 Milliarden Euro, wo zugegebenermaßen sicherlich noch nicht alle Vermögensbestandteile aufgelistet sind. Beispielsweise fehlen in dieser Eröffnungsbilanz über 2.000 Stück Kulturgüter, die müssen noch bewertet werden, die fließen dann sukzessive in dieses Budget ein.

Wir haben einen positiven Saldo in der Bilanzierung von 1,3 Milliarden Euro. Ich sage das aber auch ganz klar, dies auch deshalb, weil wir uns dazu entschieden haben, die Personalrückstellungskosten nicht zu treffen.

Es gibt ein Wahlrecht, für die Beamten werden die Personalrückstellungen, Pensionsrückstellungen getätigt oder nicht. Das wird durchaus unterschiedlich gehandhabt in den Ländern. Wir haben die Entscheidung getroffen, aus meiner Sicht auch

die richtige Entscheidung, da die Pensionskosten der Beamten ohnehin im laufenden Budget dotiert sind, ohnehin budgetiert werden müssen, und das zu eine ganz massiven Verzerrung des Budgets beitragen würde, wenn diese Pensionsrückstellungskosten durchaus über eine Milliarde Euro gelegen sind.

Das ist auf der einen Seite das zweite Bild, das Ihnen heute hier vorgelegt wird. Das zweite Bild des Budgets, das in Wirklichkeit auch signalisieren soll, das ist auch der Umbruch. Weg von der Kameralistik, hin zur Doppik.

Ich möchte an dieser Stelle auch nicht unerwähnt lassen, dass außerhalb des Budgets natürlich auch die Landesholding gefordert ist, hier alle Anstrengungen zu treffen, hier diese Situation, diese Krise, diese allgemeine Depression, wenn ich das so bezeichnen darf, hier einen Beitrag zu leisten.

Die Landesholding Burgenland, das hat heute in der Fragestunde und danach sicherlich die eine oder andere Diskussion gegeben, wird mit ihren Unternehmen sehr viel dazu beitragen. An erster Stelle durch die Burgenland Energie. Die Burgenland Energie wird die Energiewende, die Ökowende einläuten.

Die Burgenland Energie wird sicherlich mehrere 100 Millionen Euro in Photovoltaik, in Windenergie investieren. Die Burgenland Energie wird in Digitalisierung investieren, die Burgenland Energie wird beauftragt werden, auch das Thema Breitband endlich im Burgenland auch umzusetzen.

Das wird das Flaggschiff und ist das Flaggschiff der burgenländischen Wirtschaft. Die Burgenland Energie wird beweisen, dass sie in der Krise diese Herausforderungen bewältigen kann. Genauso die BELIG, jetzt LIB, die Landesimmobilien Burgenland. Auch diese sind jetzt berufen, zu investieren.

Die LIB wird in den nächsten Jahren über 60 Millionen Euro investieren. Begonnen vom neuen Straßenbau in Oberpullendorf, bis hin zu Schlaining. Es gibt verschiedenste Projekte, aber der wichtigste Aspekt - die LIB steht auch zur Verfügung, die Gemeinden zu unterstützen. Die Bautätigkeiten, die kommunale Bautätigkeit der Gemeinden, in der Finanzierung, in der Umsetzung und in der Refinanzierung über Jahre hindurch zu unterstützen.

Der Vorteil für die Gemeinden, auch das wurde nie gesagt, wenn es um die Gemeindefinanzen geht ist, dass wir die Finanzierungsparameter des Landes bekommen. Das bedeutet, mit einer Landeshaftung hinterlegt, kann das Land, können die Gemeinden diese Finanzierungsinstrumente, die das Land Burgenland hat, nutzen und so bei ihren Bauten und Vorhaben wesentlich günstiger fremd finanzieren. Wesentlich günstiger finanzieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sie sehen, in finanzieller Hinsicht kann sich die Entwicklung natürlich mit Schwerpunkt heute auf dem Budget, aber nicht nur um das Budget drehen, wenn wir alle gemeinsam diese Phase gut durchstehen und diese Phase gut durchleben wollen.

Aus meine Sicht, und es ist wirklich 5 vor 12, würde ich sämtliche Kräfte dieses Hauses bitten, sachlich mitzudiskutieren. Das, was wir teilweise erleben ist natürlich, ich verstehe das alles, ist natürlich politischer Aktionismus. Soll so sein!

Aber ich würde Sie bitten, daran zu denken, die nächsten Wahlen sind 2025. Niemand wird sich 2025 daran erinnern, wie polemisch jemand aufgetreten ist oder nicht. Das bringt niemandem etwas, wenn wir jetzt diskutieren, wenn wir streiten, wenn wir streitend diskutieren. Das bringt niemandem etwas, wenn man sich Dinge an den Kopf wirft in der Situation, in der sich jetzt das Land befindet.

Jetzt geht es darum, alle konstruktiven Kräfte in eine Richtung zu lenken. Es geht aber auch darum, aufeinander zuzugehen. Es geht auch darum, in diesem Gemeindepaket, in dem so wichtigen Gemeindepaket, nicht darum zu ringen wer gewinnt politisch, wer kann sich wie inszenieren. Es geht nicht darum, wer kann was verhindern. Es geht nicht darum, wer spuckt dem anderen in die politische Suppe.

Darum darf es jetzt nicht gehen!

Ich möchte wirklich alle politischen Kräfte dieses Hauses, und da richte ich meinen Appell ganz speziell ganz bewusst auch freundschaftlich zur ÖVP. Alle politischen Kräfte hier in diese Richtung zu lenken, alles daran zu setzen, dass wir dieses Gemeindepaket stemmen können. Wenn das beispielsweise realisiert wird, dann ist das auch nicht im Budget des nächsten Jahres, ist nicht im Voranschlag des nächsten Jahres berücksichtigt. Auch das würde bedeuten, dass wir, wenn es um die KindergärtnerInnen geht, et cetera, dass wir einen Nachtragsvoranschlag machen müssen.

Aber es ist ein beispielgebendes Paket für die Zukunft, es ist ein beispielgebendes Paket für die Gemeindefinanzen und das erwarte ich mir von diesem Haus.

Es ist heute viel geredet worden über Zusammenarbeit, über Einbindung bei Gesetzesvorhaben, das ist alles okay. Das verstehe ich alles, auch ich erwarte mir das vom Bund. Auch wir kritisieren, wenn wir beim Bund nicht eingebunden sind, wenn es darum geht, die COVID-Maßnahmen zu definieren.

Aber leben wir das im Burgenland doch bitte vor!

Das war doch immer dieser burgenländische Weg, dass wir gesagt haben: Gemeinsam setzen wir das um. Es kann sich nie jeder zu 100 Prozent durchsetzen. Aber das ist in der Phase wo wir jetzt sind, das ist eine Depression, in dieser wirtschaftlichen Depression, wo wir nicht wissen wann das vorbei ist.

Vielleicht weiß irgendwer, ich habe da etwas gehört einmal, wann es einen Impfstoff gibt, aber wir wissen nicht, wann sich die Wirtschaft erholt. Die Wirtschaft wird sich nicht so schnell erholen. Die Wirtschaft wird sich nicht 2022 erholen. Wir werden 2023 nicht das Niveau von 2019 haben. Wir haben jetzt ein Niveau, das fast vor zehn Jahren gelegen ist, was die Ertragsanteile betrifft.

Das trifft das Land, das trifft die Gemeinden, und Ihr, das ist mein dringender Appell, und da bitte ich auch dieses Budget, kann man alles kritisieren, aber fair zu diskutieren. Das Gemeindepaket fair zu diskutieren, positiv zu beurteilen und diesem Budget, auch meine Bitte am Ende der Ausführung, diesem Budget im Dezember die Zustimmung zu erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landeshauptmann für die Budgetrede. Hoher Landtag! Damit ist die Tagesordnung dieser 12. Landtagssitzung erledigt.

Ich darf nur darauf hinweisen, dass Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung natürlich rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden und ich darf anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, und zwar der Budgetlandtag, zweitätig für den 09. und 10. Dezember 2020 vorgesehen ist.

Bevor ich die Sitzung schließe, die Frau Klubobfrau, die Herren Klubobmänner, darf ich Sie ersuchen, um gleich, ja ich würde sagen für die Desinfektion in fünf Minuten, die Präsidialkonferenz fortzusetzen. Vielen Dank.

Die 12. Landtagssitzung s c h l i e ß e ich damit.

Schluss der Sitzung: 16 Uhr 32 Minuten